



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

1. Eröffnung der Sitzung und der Legislaturperiode 2013 - 2016 durch das amtsälteste Stadtratsmitglied, Herrn Beat Sterchi, SVP (Mitglied seit 1. Januar 1995)

Beat Sterchi (amtsältestes Stadtratsmitglied):

"Sehr geehrter Herr Stadtpräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte und Stadträte

Liebe Gäste

Mit grosser Freude eröffne ich als amtsältestes Mitglied des Stadtrates die neue Legislaturperiode 2013-2016 für den Stadt- und Gemeinderat.

Ich begrüsse speziell die neuen Mitglieder des Stadtrates: Frau Rahel Lanz (EVP), Frau Silvia Grimm-Berchtold (BDP), Herrn Matthias Bärtschi (BDP), Herrn Paul Bayard (SP), Herrn Roberto Di Nino (SVP), Herrn Michael Schenk (SVP) und Herrn Martin Stauffer (FDP) und heisse sie herzlich willkommen.

Da mir zur Vorbereitung für die heutige Eröffnungssitzung mehr Zeit zur Verfügung gestanden hat, als dies im Jahr 2009 der Fall gewesen ist, als ich quasi zweiter Ersatzmann erst etwa zwei Stunden vor Sitzungsbeginn erfahren habe, die erste Stadtratssitzung der Legislaturperiode 2009 - 2012 eröffnen zu müssen, fällt meine Eröffnungsrede etwas länger aus, weil mir nun all das, was ich im Jahr 2009 hätte sagen wollen, wieder in den Sinn gekommen ist.

Gemeindepolitik ist gerade in Zeiten der weltweiten Globalisierung und des Kampfes um die politische Machtkonzentration - wie wir es gegenwärtig in Europa erleben - wichtig. In der Gemeindepolitik geht es darum, dass wir unseren nächsten Lebensraum autonom, selbstständig, in freier Willensbildung, natürlich in einem vernünftigen und innerhalb eines demokratischen Rechtsrahmens gestalten können.

In unserem Amt als Gemeinderat oder Stadtrat sind wir nicht Chef des Bürgers, sondern höchstens dessen Hauswart oder Treuhänder mit der Aufgabe, die anvertrauten öffentlichen Güter sorgfältig zu bewahren und mit Bedacht weiterzuentwickeln. Dabei wird auch die Hausordnung nicht allein durch uns bestimmt, sondern der Bürger wirkt demokratisch mit.

Wenn Sie in der Gemeinde ein Amt ausüben, werden Sie von Zeitungsberichten oder von Verlautbarungen des Kantons oder von sogenannten Politexperten sicher mit Meinungen oder Auffassungen konfrontiert, worin kühn und mit wiederkehrender Penetranz immer wieder behauptet wird, dass kommunale Milizbehörden in der heutigen Zeit überfordert seien. Lassen Sie sich dadurch in Ihrer politischen Tätigkeit nicht beirren. Meistens haben die Autoren solcher Pauschalurteile einfach Mühe damit, dass in unserem System wichtige Entscheide nicht ausschliesslich durch zentrale Fachbehörden weit ab vom Bürger, sondern durch den Bürger selber oder durch die kommunalen Milizbehörden gefällt werden.

Selbstverständlich entscheiden wir als kommunale Behörden nicht frei aus dem Bauch heraus, sondern wir stützen uns auf das Wissen der Verwaltungsfachleute und auf den Rat von Experten ab. Wichtig ist aber, dass wir den Entscheid selber treffen. Ich habe in meiner langen Amtszeit als Stadtrat eigentlich wenige Geschäfte angetroffen, die ein Stadtrat nicht selbstständig entscheiden konnte, obwohl es sich teilweise um komplexe Sachverhalte wie die Pensionskasse oder andere Themen gehandelt hat.

Gefragt ist bei der Ratsarbeit vor allem Ihre berufliche und persönliche Erfahrung. Auf Gemeindeebene geht es nicht nur um die politische Einstellung und um Verwaltungsfachwissen. Ebenso wichtig und spannend ist das Zusammenwirken des unterschiedlichen Wissens- und Erfahrungsschatzes, den Sie als Stadt- oder Gemeinderat aus Ihrem persönlichen Umfeld mitbringen. Die Regeln, wie Sie sich als Ratsmitglied einbringen, sind nicht kompliziert. Sie werden diese quasi "on the job" lernen. Im Übrigen sind sie in der Stadtverfassung und in der Geschäftsordnung des Stadtrats nachzulesen. Sollten Sie weitere Informationen für Ihre Ratstätigkeit brauchen, wenden Sie sich an unsere Vertrauenspersonen: Frau Mirjam Tschumi, Juristin, stellvertretende Stadtratssekretärin und stellvertretende Stadtschreiberin sowie an Frau Gaby Heiniger des Stadtratssekretariats.



Die Gemeinden sind die erfolgreichste und bestorganisierteste Staatsebene in der Schweiz. Qualitativ sind die Dienstleistungen der Gemeinden überdurchschnittlich. Sie werden laut Umfragen und Studien von den Bürgern mehr geschätzt und besser akzeptiert als Leistungen der Kantonsverwaltungen und der Bundesverwaltung. In den letzten 20 bis 30 Jahren haben die bernischen Gemeinden stark in die Aus- und Weiterbildung ihres Personals investiert. Wir dürfen heute davon ausgehen, dass unsere Angestellten in der Stadtverwaltung aber auch die Angestellten in den Gemeindeverwaltungen kleinerer Gemeinden, dem Personal der Kantonsverwaltung fachlich mindestens ebenbürtig sind und ausserdem praxisnäher arbeiten.

Seien Sie deshalb selbstbewusst gegenüber den vielen Besserwissern in den Medien, auf kantonaler Ebene oder den Heerscharen von Polit- und Gesellschaftsexperten, die mit ihren Kommentaren zu jedem politischen Lüftchen die Funktion der früheren Hofnarren an Königshäusern übernommen haben.

Wenn Sie die Leistung und den Nutzen für den Bürger betrachten, gehören in der Schweiz nicht die Mitglieder der Kantonal- oder Bundesbehörden zur politischen Elite, sondern es sind dies die vielen Milizler und Praktiker in den Gemeinden, die ohne Blog und Medienpräsenz in ihrer Freizeit zu Gotteslohn Leistungen für die Öffentlichkeit erbringen. Zudem erhält jemand - der nicht dauernd Interviews geben, chatten und twittern muss - auch kein Burnout. Sollte jemand dennoch ein Burnout erleiden oder erlitten haben, müsste dieser trotzdem nicht als erstes den Sonntagsblick oder alle anderen Zeitungen informieren, das Burnout nun nicht mehr zu haben.

Was einem neuen Gemeindepolitiker am Anfang nicht so bewusst ist, ist die enge und teilweise lästige Verbindung der Gemeinden mit dem Kanton. Die kantonale Politik und Verwaltung belastet das Schicksal der Gemeinden stark - oftmals zu stark.

In den letzten 10 Jahren sind unter dem Schlagwort "Effizienz" im Kanton Bern zahlreiche Kantonalisierungen von ehemals auf Gemeindeebene erbrachten Dienstleistungen erfolgt. So wurden die Uniformpolizei, das Zivilstandswesen, das Passwesen, die Fleischschau, das Mietamt und neuerdings das Vormundschaftswesen an die kantonale Verwaltung übertragen. Auch wenn wir die Resultate dieser theoretisch begründeten Effizienzsteigerungen durch die rosaroteste Brille (damit meine ich nicht die parteipolitische Brille) betrachten, sind sie keine Erfolgsgeschichte für unseren Kanton. Die Bürgernähe ging verloren und die Qualität der Dienstleistungen hat sich bis anhin nicht positiv entwickelt. Finanziell sind die Kantonalisierungen - offen gesagt - ein Fiasco und zwar für den Kanton, die Gemeinden und auch für das Personal. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen sind alle vom Kanton übernommenen Leistungen mehr oder weniger defizitär. Den Gemeinden fehlen die Einnahmen aus den diversen Gebühren, die sie durch die Erbringung der übertragenen Dienstleistungen erzielen. Das Personal hatte in die kantonale Pensionskasse mit ihren grossen Unterdeckungen zu wechseln und wird sich in Zukunft an deren Sanierung beteiligen müssen. Andere Kantone haben auf die kommunale Zusammenarbeit von Gemeinden gesetzt und fahren meiner Meinung nach damit wesentlich besser als der Kanton Bern. Statt die Aufgaben zu kantonalisieren, sind in anderen Kantonen komplexe Gemeindeaufgaben in Kompetenzzentren in Gemeinden mit grösseren Verwaltungen zusammengefasst. Für eine Stadt wie Langenthal wäre das ein interessantes Lösungsmodell. Ich bin überzeugt, dass wir die zentralisierten Aufgaben besser und kostengünstiger erbringen könnten, als dies die schwerfällige Kantonsverwaltung macht.

Wenn kantonale Politiker über die unterdurchschnittliche wirtschaftliche Potenz unseres Kantons sprechen, begründen sie diese meistens mit den Infrastrukturaufgaben in den ländlichen Gebieten und der vielfältigen Gemeindestruktur. Bei näherem Hinsehen sind solche Begründungen nicht haltbar. Die Ursachen für die Schwäche unseres Kantons liegen ganz klar nicht bei den Gemeinden. Das Problem liegt bei den kantonalen Politikern und bei der kantonalen Verwaltung. In den letzten 25 Jahren musste miterlebt werden, wie unser Kanton immer wieder durch kostspielige Fehlleistungen auf kantonaler Ebene zurückgeworfen wurde. Ich denke an die Finanzaffäre im Jahr 1986, die wegen haarsträubenden Fehlern in der kantonalen Rechnungsführung zu einem ersten Milliardenloch führte. In den 90-er Jahren musste die Kantonalbank mit Franken 4 bis 5 Milliarden an Steuergeldern (Dezenium AG) gerettet werden, weil die Verantwortlichen (inklusive Regierungsrat) sich in problematische Spekulationen mit Personen eingelassen haben, die wegen Betrugereien zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

Danach folgten die durch mangelhafte Aufsicht und den Missbrauch von Pensionskassengeldern verschuldete finanzielle Unterdeckung in der kantonalen Lehrerversicherungskasse (Milliardenhöhe). Verschiedene schiefgelaufene Bauprojekte wie das Frauenspital, das neue Kinderspital und der Mitholztunnel führten zu weiteren finanziellen Löchern in Milliardenhöhe. Ich behaupte, dass ohne diese finanziellen Missgriffe unser Kanton und indirekt auch die Gemeinden trotz Strukturschwäche erheblich besser dastünden.

Der Kanton Bern erhält aus dem eidgenössischen Finanzausgleich Beiträge von rund Franken 1,1 Mia. pro Jahr. Bei vernünftiger finanzieller Führung sollten eigentlich damit unsere Infrastrukturaufgaben auf dem Land mehr als finanziert werden können. Sparübungen beim Winterdienst und beim öffentlichen Verkehr in ländlichen Gebieten, wie sie die Regierung nach der verlorenen Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuer in die Wege leitete, sind unberechtigt und nicht zielführend. Die Mittel aus dem eidgenössischen Finanzausgleich sind ja gerade dazu bestimmt, dass eben auch in abgelegenen Orten wie Gadmen ein vernünftiger Winterdienst stattfinden kann, dass im Diemtigtal ein Postauto fährt und dass zwischen Langenthal und Huttwil die Züge im Halbstundentakt verkehren können.

Auch wenn ein Gemeindepolitiker solche Dinge nicht direkt ändern kann, ist es eine unserer wichtigsten Aufgaben gegenüber der kantonalen Politik und der Verwaltung Flagge zu zeigen und kritisch zu sein. Nicht alle Vorgaben sind vernünftig und sofort umzusetzen. Leider neigt die Politik und die Verwaltung im Kanton Bern dazu, den Praktikern in den Gemeinden alles bis ins kleinste Detail vorzuschreiben.

Helfen Sie mit, hier Gegensteuer zu geben! Die kantonalen Behörden haben zwar mehr Macht als wir, aber nicht immer Recht!

Trotz des schwierigen Umfelds, in dem sich die bernischen Gemeinden bewegen, werden Sie feststellen, dass sich Ihr politischer Einsatz für unsere Stadt lohnt und dass die politische Arbeit sogar ab und zu Spass macht. Weil ich Ihrem Tatendrang nicht länger im Weg stehen will, beginnen wir mit der politischen Arbeit für die Legislaturperiode 2013- 2016. Ich wünsche unserer Stadt, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, allen Mitgliedern des Stadt-, Gemeinderats und anderer Gemeindebehörden sowie der Stadtverwaltung eine erfolgreiche Legislatur 2013-2016."

(Applaus)

Beat Sterchi (amtsältestes Stadtratsmitglied): In der Zeitung sei zu lesen, dass er in seinen Voten dauernd aus der Geschäftsordnung des Stadtrates zu zittieren pflege. Um seinem Ruf gerecht zu werden, halte er fest, dass er gemäss Art. 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates die heutige Sitzung nicht - wie bereits im Protokoll der Stadtratssitzung vom 2. Februar 2009 niedergeschrieben - als Alterspräsident, sondern als das amtsälteste Mitglied des Stadtrates eröffne. Um späteren Lesern nicht den Eindruck zu vermitteln, dass er im Rollstuhl in den Sitzungsraum habe geschoben werden müssen, bitte er zu Händen des Protokolls, diesem Umstand Rechnung zu tragen.

Er erteilt der der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **37** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend
- **3** Mitglieder des Stadtrats sind entschuldigt abwesend
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

2. Wahl Büro des Stadtrates für das Jahr 2013

Beat Sterchi (amtsältestes Stadratsmitglied): Zur korrekten Durchführung der Stadtratsbüro-Mitgliederwahl 2013 benötige er die Unterstützung von Stimmzählenden. Da von der SP/GL-Fraktion die Nomination von Frau Anna Aeberhard als Stimmzählerin für das Jahr 2013 vorliege und von der SVP-Fraktion Herr Michael Schenk als Stimmzähler für das Jahr 2013 nominiert sei, schlage er vor, die beiden als provisorische Stimmzählende zur Ermittlung der Wahlergebnisse einzusetzen. **Er stellt fest, dass diesem Vorschlag keine Opposition entgegengebracht wird** und bittet Frau Stadträtin Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion und Herrn Stadtrat Michael Schenk, SVP-Fraktion, auf der Bühne Platz zu nehmen.

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

■ Wahl der Präsidentin bzw. des Präsidenten

Beat Sterchi (amtsältestes Stadratsmitglied): Das Stadratspräsidium stehe turnusgemäss der EVP/glp-Fraktion zu.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:

"Die EVP/glp-Fraktion schlägt Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch (EVP) zur Wahl als Stadratspräsident für das Jahr 2013 vor.

Mit Daniel Steiner-Brütsch hat man es nicht nur mit einem Langenthaler Politiker, sondern mit einem richtigen (Ur-)Oberaargauer zu tun. Daniel Steiner ist im obersten Teil des Oberaargaus, im Oeschenschbach, aufgewachsen. Daniel Steiner-Brütsch ist 39-Jahre alt. Nicht nur die Politik und die Arbeit halten ihn jung, sondern hauptsächlich seine vier kreativen Kinder im Alter von 1 bis 14 Jahren.

Das politische Wirken von Daniel Steiner-Brütsch hat im Jahr 2005 im Stadtrat und durch die Übernahme des Langenthaler EVP-Präsidiums seinen Anfang genommen. Er hat mit diversen erfolgreichen Vorstössen auf sich aufmerksam gemacht. Im letzten Jahr hat er bereits als Stadrats-Vizepräsident amtiert. Seit dem Jahr 2008 wirkt er nicht mehr nur als Lokalpolitiker, sondern auch in der kantonalen Politik als Grossrat. Nebst Engagements in diversen Kommissionen ist er auch der Kommissionspräsident für die Teilrevision des Volksschulgesetzes. Die Thematik Schule und Unterricht prägt auch sein berufliches Wirkungsfeld und seinen Werdegang. Nach der Ausbildung zum Primarlehrer hat er an der Universität Bern- im Hauptfach Mathematik und in den Nebenfächern Geografie und Informatik - studiert und als Mathematiker und Gymnasiallehrer abgeschlossen. Während sechs Jahren hat er als Gymnasiallehrer am Gymnasium Oberaargau in Langenthal unterrichtet und in dieser Zeit auch erfolgreich doktriert.

Aktuell ist Daniel Steiner-Brütsch als Bereichsleiter für Mathematik an der pädagogischen Hochschule Zürich tätig und für die Mathematikausbildung der angehenden Primarlehrer im Kanton Zürich verantwortlich.

Die EVP/glp-Fraktion ist davon überzeugt, dass der Stadtrat mit der Wahl von Daniel Steiner-Brütsch einen kompetenten, engagierten und speditiven Stadratspräsidenten gewinnt. Die EVP/glp-Fraktion wünscht Daniel Steiner-Brütsch eine erfolgreiche Wahl in das Stadratspräsidium und für die politische Arbeit im Jahr 2013 viel Souveränität, Freude und Zufriedenheit.

Beat Sterchi (amtsältestes Stadratsmitglied) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen und bittet um Stimmabgabe:

- **Daniel Steiner-Brütsch**, Dr. phil. nat., Bereichsleiter Mathematik PH Zürich (EVP), **wird in offener Wahl** mit 36 Stimmen Ja und 1 Stimme Enthaltung **zum Präsidenten des Stadtrates 2013 gewählt.**



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

■ Wahl der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten

Beat Sterchi (amtsältestes Stadtratsmitglied): Das Stadtrats-Vize-Präsidium stehe turnusgemäss der FDP/jll/BDP-Fraktion zu.

Beatrice Lüthi, FDP/jll/BDP-Fraktion:

"Die FDP/jll/BDP-Fraktion schlägt Stadtrat Markus Bösiger (FDP) zur Wahl als Stadtratsvizepräsidenten für das Jahr 2013 vor.

Obwohl Markus Bösiger den Meisten bekannt ist, erlaube ich mir kurz auf ein paar Sachen betreffend Markus Bösiger einzugehen. Ohne es despektierlich zu meinen, lassen sich die Kompetenzen von Markus Bösiger an einer Hand abzählen:

- 1. Markus Bösiger ist ein Langenthaler und zwar seit dem Jahr 1954. Markus Bösiger hat die Schulen in Langenthal absolviert und kennt Langenthal somit bestens. Und doch schaut Markus Bösiger über den Stadtrand hinaus. Denn ...*
- 2. ... pflegt er als Hobby zu reisen. Und nach seiner ersten Ausbildung zum Schreiner hat er die Matur nachgeholt und studierte anschliessend Innenarchitektur in den Städten Bern, Zürich und Stuttgart.*
- 3. Markus Bösiger ist heute Innenarchitekt und führt seit 1991 in vierter Generation die Bösiger Langenthal (Schreinerei, Wohnausstellung, Planung, Innenarchitektur) mit seiner Partnerin Sabine Füssenhäuser.*
- 4. Markus Bösiger ist Gründungsmitglied des Kunstvereins Oberaargau und des Kunsthhauses Langenthal.*
- 5. Markus Bösiger ist seit dem 1. Januar 2004 im Stadtrat. Er hat viele Dossiers, viele (bessere und schlechtere) Budgets, viele Stadtratsbüros und auch viele Präsidentinnen und Präsidenten gesehen.*

Markus Bösiger hat mir folgenden Satz mitgegeben (Zitat): «Als Fan von Langenthal liegt mein Interesse in der Förderung und Unterstützung des vielfältigen Angebots unserer Kleinstadt mit ihren vielen Arbeitsplätzen im Handwerk, im Gewerbe und in der Industrie!»

Es ist davon auszugehen, dass Markus Bösiger über viel berufliche und persönliche Erfahrung verfügt, die er für die Stadt Langenthal einsetzen kann und wird."

Beat Sterchi (amtsältestes Stadtratsmitglied) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen und bittet um Stimmabgabe:

- **Markus Bösiger**, dipl. Innenarchitekt, (FDP), **wird in offener Wahl** mit 36 Stimmen Ja und 1 Stimme Enthaltung **zum Vize-Präsidenten des Stadtrates 2013 gewählt.**

■ Wahl der beiden Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzähler

Beat Sterchi (amtsältestes Stadtratsmitglied): Turnusgemäss stehe die Nomination von je einer bzw. einem Stimmenzählenden für das Jahr 2013 der SVP-Fraktion und der SP/GL-Fraktion zu. Er schlägt vor, die bereits auf der Bühne anwesenden und provisorisch fungierenden Stimmenzählenden, Michael Schenk (SVP) und Anna Aeberhard (GL), **offen und in globo zu wählen.**

- **Dem Vorschlag, die Stimmenzählenden offen und in globo zu wählen, wird schweigend zugestimmt.**

Beat Sterchi (amtsältestes Stadtratsmitglied) stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen und bittet um Stimmabgabe:

- **Michael Schenk**, Gärtner (SVP) und **Anna Aeberhard**, dipl. Umweltnaturwissenschaftlerin ETH (GL) **werden in offener Wahl, in globo** mit 35 Stimmen Ja bei 2 Stimmen Enthaltung **als Stimmenzähler und Stimmenzählerin des Stadtrates 2013 gewählt.**



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

Beat Sterchi (amtsältestes Stadtratsmitglied): Im Namen des Stadtrates gratuliere er den Mitgliedern des Stadtratsbüros 2013 zur Wahl in ihre verantwortungsvollen Ämter. Er bittet den Stadtratspräsidenten Daniel Steiner-Brütsch (EVP) und den Vize-Stadtratspräsidenten Markus Bösiger (FDP) auf der Bühne Platz zu nehmen.

Mit einem Strauss Blumen für den neugewählten Stadtratspräsidenten 2013 und einem für den Stadtratsvizepräsidenten üblichen "warmen Händedruck" trete er die Sitzungsleitung an neuen Stadtratspräsidenten Daniel Steiner-Brütsch ab.

(Applaus)

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch; Amtsantrittsrede:

*"Werte Frau Gemeinderätin und Herren Gemeinderäte
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates
Sehr geehrte Vertreter der Medien
Liebe Gäste*

Zuerst möchte ich mich herzlich für das Vertrauen bedanken, das Sie mir durch die Wahl zum Stadtratspräsidenten 2013 entgegenbringen. Es ist für mich Ehre und Verpflichtung zugleich, und ich hoffe auf Ihre Unterstützung bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

Ich freue mich auf das kommende Präsidialjahr und eine neue Rolle, auf die politischen Herausforderungen, die auf uns warten, aber auch auf die ausgezeichnete Diskussions- und Streitkultur, die die Politik Langenthals ausmachen. Die Zusammensetzung des Stadtrates hat sich durch die Wahlen vom Herbst nicht nur personell, sondern auch parteipolitisch verändert. Ich bin aber überzeugt, dass dadurch das Parlament nicht abgehalten wird, die besten Entscheide für die Stadt zu treffen. Ich muss sagen auch froh zu sein, eine neue Legislatur eröffnen zu können, die nicht mehr durch die Wahl einer rechtsextremen Partei überschattet ist, was der Stadt regelmässig negative Werbung eingebracht hat.

Langenthal rühmt sich auf ihrer Webseite, eine Bildungs- und Kulturstadt zu sein. Das ist auch richtig so. Die Stadt Langenthal unterstützt eine Vielzahl von Vereinen, Organisationen und Institutionen, welche in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport tätig sind. Ein Beispiel dazu sind die Schulen der Stadt Langenthal, welche die Förderung von besonders begabten Jugendlichen aus den Bereichen Musik, Sport, Gestaltung und Tanz unterstützen. Im sogenannten Talentprogramm der Stadt können Kinder und Jugendliche, die in einer zeitintensiven, nebenschulischen Ausbildung stehen, ohne grosse Mehrbelastung ihre schulischen, aber auch sportlichen, tänzerischen, gestalterischen oder musischen Ziele verfolgen.

*Ich freue mich sehr, dass die Legislatur 2013-2016 durch Jugendliche aus diesem Talentprogramm der Volksschulen eröffnet wird: Die **Junior Dance Company** ist eine Tanzgruppe im Langenthaler Talentprogramm des Dance Centers Langenthal. Bei den Schweizer Meisterschaften in den Bereichen Jazz und Showdance hat die Gruppe 2011 den 1. Rang und 2012 den 1. und 2. Rang belegt.*

Die Truppe besteht aus 10 jungen Frauen und einem jungen Mann, darunter ist - als mein persönlicher Bezug zur Junior Dance Company - auch unsere älteste Tochter. Die Jugendlichen stehen unter der Leitung von Brigitte Berger und Klaus Stauffer. Die zwei Choreografien, die wir werden geniessen können, sind von Brigitte Berger.



<http://www.dancecenter-langenthal.ch/#!showgruppen/czo5>



Auftritt 1 der **Junior Dance Company**: «All that Jazz» aus dem Musical «Chicago»



(Applaus)

In der Stadt Langenthal werden unzählige Stunden geleistet, die unseren Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Sei es zum Beispiel in den Sportvereinen, in der Stadtmusik, in den Schulen, in der Pfadi, in ToK-JO oder - wie vorhin gesehen - im Dance Center. Die Leistungen der Jugendlichen, unserer Jugend, machen uns stolz und widerlegen auch das negative Bild, das häufig von der sogenannten «heutigen Jugend» verbreitet wird. Die Tanzgruppe zeigt exemplarisch, zu welchen Leistungen Jugendliche imstande sind, wenn sie motiviert sind und wenn sie von kompetenten Personen motiviert werden. So wendet die Junior Dance Company beispielsweise pro Woche 10-15 Stunden Training auf (zusätzlich zu den Schulstunden) und hat sich bereits in einer Weltstadt wie New York behaupten müssen.

Die stärkste Säule unserer Stadt, unserer Gesellschaft, bilden darum auch solche sozialen (und familiären) Netzwerke. Innerhalb dieser Netzwerke lernen Kinder und Jugendliche soziales Verhalten. Sie entwickeln ihre Persönlichkeit und lernen, Verantwortung zu übernehmen. Für diese tragende Säule sind wir alle verantwortlich: Du und ich als Menschen, als Väter und Mütter, aber auch als Politikerinnen und Politiker in unserem täglichen Verhalten. Ich bin sicher, wenn die Arbeit, die in den Vereinen, Schulen oder Jugendorganisationen geleistet wird, vermehrt gewürdigt und dargestellt würde, dann hätten die Ausnahmen, namentlich randalierende oder komasaufende Jugendliche, in der Öffentlichkeit weniger Gewicht.

Speziell als Politikerinnen und Politiker stehen wir in einer besonderen Verantwortung. Wir können eine Stadt mitprägen, in der Kinder und Jugendliche Lebens- und Gestaltungsräume erhalten, in denen sie sich entfalten und weiterentwickeln können, in denen ihnen aber auch klare Grenzen gesetzt werden. Unsere Entscheide im Stadtrat haben nicht selten direkte Auswirkungen auf die Umgebung unserer Kinder und Jugendlichen. In der vergangenen Legislatur haben wir bewiesen, dass uns die Zukunft der Kinder und Jugendlichen ein Anliegen ist:

- *Der Stadtrat hat 2011 Investitionen von rund Franken 19 Mio. zur Sanierung der Schulhäuser Kreuzfeld 1 und 4 zugestimmt.*
- *Der Stadtrat hat 2010 mehr als Fr. 300'000.00 wiederkehrende Kosten bewilligt, welche im Rahmen der Schaffung eines Amtes für Bildung, Kultur und Sport anfallen.*
- *Der Stadtrat hat 2010 Fr. 470'000.00 wiederkehrende Kosten zum Aufbau und Betrieb eines Tageschulangebots zugestimmt.*
- *Schliesslich hat der Stadtrat 2011 zum Betrieb der erneuerten ICT-Infrastruktur in den Volksschulen und Kindergärten - neben grösseren Investitionen - jährliche Kosten von rund Fr. 500'000.00 bewilligt.*

Mehr als eine Million Franken wiederkehrende Kosten und mehr als 20 Millionen Franken an Investitionen sind in der vergangenen Legislaturperiode unseren Kindern und Jugendlichen zugute gekommen. Das zeigt deutlich, dass den politischen Behörden in Langenthal Kinder und Jugendliche, Bildung, Kultur und Sport, ein Anliegen sind. Aber auch in der kommenden Legislatur werden wir uns mit Themen in diesem Bereich beschäftigen:

- *Die Frage nach der Trägerschaft der Tagesschulangebote wird uns in der kommenden Legislatur beschäftigen.*
- *Vor dem Hintergrund einer überwiesenen, überparteilichen Motion wird die Diskussion rund um das Thema «Schulsozialarbeit» wahrscheinlich schon bald eröffnet.*
- *Schliesslich stehen immer wieder Sanierungsvorhaben von Schulhäusern und Kindergärten an.*

Ich hoffe, dass wir diese politischen Fragen und Herausforderungen auch durch die Brille unserer Kinder und Jugendlichen und nicht nur durch die Brille der Finanzen beurteilen werden.

Als Familienvater und als Person, die sowohl beruflich wie auch politisch in der Bildung engagiert ist, appelliere ich deshalb an uns alle und an uns Politiker: Tragen wir heute und in der kommenden Legislatur politisch Sorge zu unserer Jugend, zu unserer Bildung, zur Kultur und zum Sport und besonders auch zu den Menschen, die sich in diesen Bereichen engagieren.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

In der Stadt Langenthal leben 20% Jugendliche unter 20 Jahren, etwas weniger als im schweizerischen Durchschnitt. Sie alle werden es uns danken, wenn wir uns für sie einsetzen. Weil es eine alte Weisheit ist nicht nur für heute zu politisieren, sondern für morgen, für eine lebenswerte Zukunft unserer nächsten Generation.

Nun darf ich euch den 2. Auftritt der Junior Dance Company ankündigen. Die Gruppe wird uns eine Choreografie des Stücks «Bridge of Light» von Pink präsentieren. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich herzlich für ihren Einsatz bedanken. Es ist keine Selbstverständlichkeit, einen freien Abend zu opfern, um sich in einem doch recht fremden Umfeld zu präsentieren."



Auftritt 2 der **Junior Dance Company**: «Bridge of Light» von Pink

(Applaus)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

3. Wahl der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2016 und Besetzung des Präsidiums und des Vizepräsidiums für die Jahre 2013 und 2014

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch: Falls keine anderweitigen Wahlvorschläge vorliegen, beantrage er, die Wahl der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission gemäss Bericht und Antrag des Stadtratssekretariates an den Stadtrat vom 21. Januar 2013 **in globo durchzuführen und im Anschluss daran, das Präsidium und das Vizepräsidium separat zu wählen.**

- **Dem Antrag des Stadtratspräsidenten Daniel Steiner-Brütsch wird schweigend zugestimmt.**

III Abstimmung:

- **Wahl der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2016**

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen und bittet um Stimmabgabe zur Wahl der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission:

- **Als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission werden in offener Wahl, in globo, mit 33 Stimmen Ja und 4 Stimmen Enthaltung gewählt:**

■ Marti	Bernhard	Jurist (MLaw)	<u>SP/GL</u>
■ Rickli	Karin	Fachfrau Finanzen, Umweltberaterin	<u>SP/GL</u>
■ Zurlinden	Urs	Journalist, lic. Phil. I	<u>FDP/jll/BDP</u>
■ Dietrich	Pascal	Gerichtssekretär	<u>FDP/jll/BDP</u>
■ Bärtschi	Matthias	Leiter QS	<u>FDP/jll/BDP</u>
■ Freudiger	Patrick	Rechtsanwalt, Gerichtsschreiber	<u>SVP</u>
■ Trachsel	Ruth	dipl. Pflegefachfrau HF	<u>EVP/glp</u>

- **Wahl des Präsidiums für die Jahre 2013 und 2014**

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch bittet die gemäss Wahlturnus zuständige SP/GL-Fraktion um einen Wahlvorschlag für die Besetzung des Präsidiums.

Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion:

*"Die SP/GL-Fraktion schlägt **Stadtrat Bernhard Marti** (SP) zur Wahl als Präsident der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2013 und 2014 vor.*

Bernhard Marti ist 27 Jahre alt. Er ist ebenfalls ein Ur-Langenthaler und sogar ein Bürger von Langenthal. Er hat in der letzten Legislaturperiode in der Sozialkommission mitgearbeitet. Seit dem Jahr 2010 ist er Mitglied im Stadtrat und seit 2011 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Beruflich hat er den Master of Law und ist auf dem Weg zum Anwaltspatent.

Bernhard Marti würde sein politisches Engagement gerne in die Geschäftsprüfungskommission einbringen, indem er als deren Präsident der Verwaltung und auch dem Gemeinderat auf die Finger schaut. Die SP/GL-Fraktion hofft auf Unterstützung ihres Wahlvorschlages."

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen und bittet um Abgabe der Stimme:



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

- **Als Präsident der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2013 und 2014 wird in offener Wahl mit 36 Stimmen Ja und 1 Stimme Enthaltung gewählt:**

■ Marti Bernhard Jurist (MLaw) SP/GL

- **Wahl des Vizepräsidiums für die Jahre 2013 und 2014**

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch bittet die gemäss Wahlturnus zuständige EVP/glp-Fraktion um einen Wahlvorschlag für die Besetzung des Vize-Präsidiums.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:

"Die EVP/glp-Fraktion empfiehlt Stadträtin Ruth Trachsel (EVP) als Vize-Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2013 und 2014 zu wählen.

Die EVP/glp-Fraktion ist überzeugt, dass sich Ruth Trachsel in Kürze in das neue Amt einarbeitet und die bevorstehenden Aufgaben kompetent, zuverlässig und vertrauensvoll ausführen wird. Ruth Trachsel wirkt seit Juni 2011 im Stadtrat. Sie ist eine engagierte Person und sich daran gewöhnt, Verantwortung zu übernehmen. Nach der Grundausbildung zur diplomierten Pflegefachfrau HF hat sie sich zur Erwachsenenbildnerin HF weitergebildet. Aktuell ist Ruth Trachsel als Berufsbildungsverantwortliche für die Bereiche Pflegeausbildung im SRO-Spital Langenthal tätig.

Erholung von Beruf und Politik findet Ruth Trachsel am besten beim Wandern, Joggen, Gäste bekochen und Lesen. Die EVP/glp-Fraktion kann Ihnen die Wahl ihrer Fraktionskollegin in das vakante Geschäftsprüfungskommissions-Vizepräsidium wärmstens empfehlen. Die EVP/glp-Fraktion wünscht Ruth Trachsel eine erfolgreiche Wahl."

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen und bittet um Abgabe der Stimme:

- **Als Vize-Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission für die Jahre 2013 und 2014 wird in offener Wahl mit 36 Stimmen Ja und 1 Stimme Enthaltung gewählt:**

■ Trachsel Ruth dipl. Pflegefachfrau HF EVP/glp

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch wünscht den gewählten Mitgliedern und den neuen Funktionsträgern der Geschäftsprüfungskommission alles Gute im neuen Amt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

4. Gesamterneuerungswahl der ständigen Kommissionen gemäss Artikel 77 Stadtverfassung für die Amtsdauer vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2016

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch beantragt die Mitgliederwahl der 5 Kommissionen (Bau- und Planungskommission, Finanzkommission, Sozialkommission, Kommission für öffentliche Sicherheit und Volksschulkommission) **gemäss den Nominationen im Bericht und Antrag des Stadtratssekretariats an den Stadtrat vom 21. Januar 2013 in globo durchzuführen.**

- **Dem Antrag des Stadtratspräsidenten Daniel Steiner-Brütsch wird schweigend zugestimmt.**

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch verzichtet darauf die schriftlich vorliegenden Nominationen zu verlesen und stellt nach durchgeführtem Aufruf - weitere Nominationen vorzubringen - fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen.

III Abstimmung:

Die nominierten Mitglieder der 5 stadträtlichen Kommissionen werden - gemäss den Nominationen im Bericht und Antrag des Stadtratssekretariats an den Stadtrat vom 21. Januar 2013 - **offen und in globo mit 36 Stimmen Ja mit 1 Stimme Enthaltung gewählt:**

■ Bau- und Planungskommission (7 Mitglieder)

	Rufener	Thomas	Stadtratspräsident (Präsident von Amtes wegen)	SVP
■ Baumgartner		Fabio	Kaufmann, Fachstellenleiter	<u>SP/GL</u>
■ Wüthrich		Matthias	Maschinentechniker HF	<u>SP/GL</u>
■ Bösigler		Markus	dipl. Innenarchitekt	<u>FDP/jll/BDP</u>
■ Kummer		Robert	dipl. Architekt ETH	<u>FDP/jll/BDP</u>
■ Sommer		Roland	eidg. dipl. Bauleiter, Leiter Informatik	<u>SVP</u>
■ Ischi		Manuel	dipl. Architekt FH/STV	<u>EVP/glp</u>

■ Finanzkommission (7 Mitglieder)

	Häusler	Jürg	dipl. Ing. FH/SIA (GR: Präs. v. Amtes wegen)	SVP
■ Aeberhard		Anna	dipl. Umweltnaturwissenschaftlerin ETH	<u>SP/GL</u>
■ Köhli		Samuel	eidg. dipl. Bauleiter	<u>SP/GL</u>
■ Felber		Lukas	Student BWL	<u>FDP/jll/BDP</u>
■ Landolt		Christoph	Fürsprecher MBA HSG	<u>FDP/jll/BDP</u>
■ Di Nino		Roberto	dipl. Wirtschaftsprüfer, dipl. Treuhandexp.	<u>SVP</u>
■ Zeller		Stefan	Konstrukteur, Geschäftsführer	<u>EVP/glp</u>

■ Sozialkommission (7 Mitglieder Langenthal)

	Müller	Reto	Lehrer (GR: Präsident von Amtes wegen)	SP/GL
■ Graf Baumgartner		Barbara	Pflegefachfrau HF HöFA I, Berufsbildnerin	<u>SP/GL</u>
■ Barben-Kohler		Stefanie	Hotelière	<u>FDP/jll/BDP</u>
■ Imobersteg		Martin	Schulleiter	<u>FDP/jll/BDP</u>
■ Morgenthaler		Helena	Sachbearbeiterin, Hauswirtschaftslehrerin	<u>SVP</u>
■ Schütz		Andrea	Apothekerin ETH, Dr. sc. nat.	<u>SVP</u>
■ Steiner-Thaler		Anita	Lehrerin, Musikerin	<u>EVP/glp</u>



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

■ Kommission für öffentliche Sicherheit (9 Mitglieder)

■ Baer	Rolf	Schulleiter (GR: Präsident v. Amtes wegen)	FDP/jll/BDP
■ Baumgartner	Renato	Dr. phil. nat., Gymnasiallehrer Chemie	SP/GL
■ Grädel-Fankhauser	Therese	Breast Care Nurse, Erwachsenenbildnerin	SP/GL
■ Reçi-Dauti	Lurata	dipl. Wirtschaftsfachfrau	SP/GL
■ Bissegger	Lukas	Bankkundenberater	FDP/jll/BDP
■ Gfeller	Markus	dipl. Wirtschaftsprüfer	FDP/jll/BDP
■ Burlon	Ralph	Banker	SVP
■ Schaller	Albert	pens. Polizist, Geschäftsführer	SVP
■ Habegger	Bruno	Corporate Publisher	EVP/glp

■ Volksschulkommission (9 Mitglieder Langenthal)

■ D'Ingiandi-Bobst	Christine	Juristin (GR: Präsidentin von Amtes wegen)	FDP/jll/BDP
■ Renggli	Michael	kaufm. Angestellter, Teamleiter	SP/GL
■ Roth-Burkhalter	Silvia	Sachbearbeiterin	SP/GL
■ Walser	Priska	eidg. dipl. Kauffrau des Detailhandels HFP	SP/GL
■ Kuert	Christoph	Dr. med.	FDP/jll/BDP
■ Grimm-Berchtold	Silvia	Kauffrau	FDP/jll/BDP
■ Fankhauser	Janosch	Schreiner	SVP
■ Grossenbacher	Corinna	IT-Projektleiterin	SVP
■ Schärer-Fankhauser	Heidi	Kindergärtnerin, Betreuerin Tagesschulang.	EVP/glp

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch gratuliert den gewählten Kommissionsmitgliedern zum neuen Amt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Kenntnisgabe der Ressortbildung und der Ressortzuteilung gemäss Artikel 64 Stadtverfassung durch den Gemeinderat

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch: Gemäss Art. 64 der Stadtverfassung müsse der Gemeinderat die Ressortbildung innerhalb seines Gremiums dem Stadtrat zur Kenntnis bringen.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Bevor er das fast bestgeschützte Geheimnis preisgebe, erlaube er sich ein paar Vorbemerkungen anzubringen:

- Allen Gewählten gratuliere er herzlich und danke für deren Engagement. Die Kommissionen seien im politischen Geschehen sehr wichtig, weil sie nämlich dann gefragt seien, wenn es um die Aufbereitung der Geschäfte gehe. Zu diesem Zeitpunkt lasse sich noch Einfluss darauf nehmen. Er denke, dass in Langenthal ein gutes System angewendet werde, indem die Kommissionen schon in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat eingeschaltet werden und nicht erst kurz vor der Torlinie, wie dies vielleicht andernorts der Fall sei. Er gratuliere auch dem Büro des Stadtrates und speziell dem Stadtratspräsidenten, dem er viel Erfolg in seiner Tätigkeit wünsche, den Rat effizient und zielführend über die Runden zu bringen.
- Er selber befinde sich in der sechsten Legislatur seiner politischen Tätigkeit in der Stadt Langenthal, wobei eine Legislatur nur zwei Jahre umfasst habe. Als er gelesen habe, dass das amtsälteste Stadtratsmitglied seit 1995 dabei sei, sei es ihm etwas kalt den "Rücken hinabgelaufen". Der Gemeinderat habe die Aufgabe, die neue Legislatur an die Hand zu nehmen. Er freue sich nach wie vor auf diese Aufgabe, auch wenn er diese Arbeit nun doch schon sei einiger Zeit mache.
- Bezugnehmend auf die Tanzvorstellung der Junior Dance Company stelle er fest, dass die Tänzerinnen und der Tänzer in ihrem zweiten Beitrag (näher am Boden) wesentlich agiler getanzt haben, als im ersten Beitrag auf High-Heels, was nachvollziehbar sei und quasi eine Überleitung zum Thema Kommunalpolitik bilde, weil auch Kommunalpolitik in anderen Sphären bzw. eher am Boden und näher am Geschehen stattfinde, was effizienter und im Allgemeinen auch zielführender sei. Mit Bezug auf die Worte von Stadtrat Beat Sterchi merke er jedoch an, dass wer auf verschiedenen Ebenen politisiere zumindest die Wahl habe, sagen zu können, wozu er eher gehöre.

Gemäss Art. 64 der Stadtverfassung sei der Gemeinderat in seiner Ressortzuteilung nicht ganz frei, indem er nämlich sieben Fachressorts und ein Präsidialressort zu besetzen habe. Unter Abs. 2 stehe zudem, dass jede Gemeinderätin und jeder Gemeinderat - einschliesslich die Stadtpräsidentin bzw. der Stadtpräsident - ein Fachressort zu betreuen habe, was nicht in allen Städten so sei. Es gebe Stadtpräsidenten, die das Präsidialressort aber kein Fachressort führen. In Art. 64 Abs. 2 sei weiter festgehalten, dass das Präsidialressort von Amtes wegen der Stadtpräsidenten bzw. dem Stadtpräsidenten unterstehe. In Abs. 3 sei festgelegt, dass die Bildung der Ressorts und ihre Zuteilung an die Mitglieder des Gemeinderates durch Gemeinderatsbeschluss zu vollziehen seien.

Der Gemeinderat sei immer bemüht einen Vorentscheid zu fällen. Dieser Vorentscheid wichtig sei, weil ansonsten am heutigen Abend die Kommissionen nicht hätten gewählt werden können, da Art. 81 Stadtverfassung vorgebe, dass die Mitglieder des Gemeinderates in den ihren Ressortbereich betreffenden ständigen Kommissionen des Stadtrates von Amtes wegen den Vorsitz führen. Da die Zusammensetzung der Kommissionen im Zusammenhang mit der Proporzverteilung stehe, müsse die Ressortverteilung immer möglichst schnell erfolgen, um die Parteien und Fraktionen über die Anzahl der möglichen Mitglieder zu informieren.

Es gebe jeweils zwei wichtige Termine. Der erste Termin habe möglichst schnell nach den Gesamterneuerungswahlen stattzufinden, was am 14. November 2012 passiert sei. Der Gemeinderat habe sich in neuer Zusammensetzung getroffen und die neue Ressortverteilung vorgenommen, obschon er in dieser Zusammensetzung noch nicht im Amt gewesen sei. Damit diese Ressortverteilung nun rechtskräftig sei, habe der Gemeinderat in seiner ersten Sitzung des Jahres 2013 (16. Januar 2013) diesen Entscheid protokollarisch bestätigt (2. wichtiger Termin).



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

Gemäss Art. 64 Abs. 4 habe der Gemeinderat die Ressortbildung und -zuteilung dem Stadtrat zur Kenntnis zu bringen. Mit Bericht des Gemeinderates an den Stadtrat vom 16. Januar 2013 zum Traktandum Nr. 5 liegen die entsprechenden Informationen wie folgt vor:

■ Präsidialressort/Bau- und Planungswesen/Regionale Zusammenarbeit/Stadtmarketing und Tourismus

- Rufener Thomas, Stadtpräsident (SVP) Stellvertretung: Rügger Daniel (EVP)

■ Sozialwesen/Altersfragen und Gesundheit

- Müller Reto, Lehrer (SP) (Vize-Stadtpräsident) Stellvertretung: Masson Pierre (SP)

■ Öffentliche Sicherheit

- Baer Rolf, Schulleiter (FDP) Stellvertretung: D'Ingiandi-Bobst Christine (Jl)

■ Bildung und Jugend

- D'Ingiandi-Bobst Christine, Juristin (Jl) Stellvertretung: Müller Reto (SP)

■ Finanz- und Steuerwesen

- Häusler Jürg, dipl. Ing. FH/SIA (SVP) Stellvertretung: Rufener Thomas (SVP)

■ Kultur und Sport

- Rügger Daniel, eidg. dipl. Bankfachmann (EVP) Stellvertretung: Baer Rolf (FDP)

■ Versorgung und Entsorgung/Energie und Umweltschutz

- Masson Pierre, Elektromech./Raumplaner FSU (SP) Stellvertretung: Häusler Jürg (SVP)

Daran zeige sich, dass der Gemeinderat an den Ressortpaketen gegenüber der vorangehenden Legislaturperiode nichts verändert habe. Nebst ihm als Stadtpräsidenten und Gemeinderat Reto Müller (Vize-Stadtpräsident) sei auch Rolf Baer ein Mitglied des Gemeinderatsbüros.

Er freue sich auf eine engagierte und konstruktive Arbeit im neu zusammengesetzten Gemeinderatsteam. Nach bereits gut erfolgtem Einstieg, sei er davon überzeugt die Zusammenarbeit im Zuge der Erarbeitung der Legislaturziele und Richtlinien weiter festigen zu können, zumal die Arbeit des Gemeinderates von einer professionellen Verwaltung unterstützt werde, die vom geschäftsführenden Stadtschreiber Daniel Steiner geleitet werde.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung von Montag, 04. Februar 2013

6. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



7. Eingereichte Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit

Motionstext:

"Motion mit Weisungscharakter Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit"

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten zur Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 (Traktandum 7) betr. Erheblicherklärung der Motion vom 7. Mai 2012 (Einführung von Schulsozialarbeit) zwecks Verzicht auf die Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal.

Begründung:

Der Stadtrat hat am 7. Mai 2012 eine Motion zur Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal hauchdünn für erheblich erklärt. Seit diesem Beschluss haben sich die politische und sachliche Ausgangslage für Langenthal erheblich zu Lasten des Projekts geändert. Der Kanton Bern reduziert seine Beteiligung an der Finanzierung der Schulsozialarbeit um Fr. 1'000'000.00. Mit der Einführung von Schulsozialarbeit wären in Langenthal damit noch einmal zusätzliche Mehrkosten zu befürchten, was angesichts der hohen Defizite der Stadt (10'49 Mio. Fr. gemäss Voranschlag 2013; 7'76 Mio. Fr. gemäss Rechnung 2011) nicht zu verantworten ist. Zudem hat sich inzwischen die politische Ausgangslage und damit die Akzeptanz des ohnehin umstrittenen Projekts geändert.

Um im Sinn einer effizienten und letztlich auch ehrlichen Politik nicht über mehrere Monate die Verwaltung mit der Detailplanung eines Projekts zu beschäftigen, welches am Schluss aus grundsätzlichen Überlegungen von einer Mehrheit des Parlaments ohnehin abgelehnt wird, drängt sich eine Wiedererwägung des genannten Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 auf zwecks Verzicht auf die Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal.

Zweckmässigerweise entscheidet der Stadtrat - wenn er die vorliegende Motion zur Wiedererwägung seines früheren Beschlusses erheblich erklärt - gleichentags auch über die (neu) zu beurteilende Frage betr. Einführung von Schulsozialarbeit. Gestützt auf die verfügbaren Akten ist im Fall einer Erheblicherklärung der vorliegenden Motion eine abschliessende Beschlussfassung über die Einführung von Schulsozialarbeit ohne Weiteres möglich. Der Gemeinderat wird in diesem Sinn eingeladen, die Voraussetzungen zu schaffen für eine Beschlussfassung über beide Fragen an derselben Stadtratssitzung."

FDP/jll/BDP-Fraktion und SVP-Fraktion

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



8. In eigener Sache

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch: Den Fraktionen danke er für die reibungslose Konstituierung der politischen Behörden. Im Anschluss an die Gemeindewahlen seien die Kommissionssitze in einer kurzen Sitzung am 22. November 2012 innerhalb von ca. 5- 10 Minuten verteilt gewesen.

Er hoffe, die hochstehende Langenthaler Diskussions- und Streitkultur im Stadtrat sowie im politischen Sektor allgemein weiter pflegen zu können.

Traditionellerweise lade der neue Stadtratspräsident im Anschluss an die erste Sitzung des Jahres zum Apéro ein, was auch in diesem Jahr der Fall sei. Anders als in den vorangegangenen Jahren werde das Apéro jedoch im Foyer des 2. Stockes serviert.

Die nächste Stadtratssitzung finde am **Montag, 18. März 2013** statt.

Diejenigen Stadträtinnen und Stadträte, die ihren Schlüssel zum Verwaltungsgebäude noch nicht bezogen haben, seien gebeten, diesen bei der Protokollführerin Gaby Heiniger abzuholen.

Im Ungewissen darüber, ob im Laufe des Jahres noch einmal eine so kurze Stadtratssitzung abgehalten werden könne, schliesse er die Sitzung um 20.10 Uhr.